

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	13
<b>Lebenslauf</b> .....	17
<b>Publikationen</b> .....	19
<b>Vom Sozialen im Zivilrecht</b> .....	27
<i>Georg Kathrein</i>	
Vorrede .....	29
Thema .....	30
Vertragsrecht – Verbraucherrecht .....	31
Grenzen eines sozialen Vertragsrechts .....	31
Hindernisse eines sozialen Ausgleichs .....	32
Vorteile vertragsrechtlicher Regelungen .....	34
Perspektiven eines sozialen Vertragsrechts .....	34
Resümee .....	36
<b>Die Dexiosis und ihre literarische Instrumentalisierung im Werk des Curtius Rufus</b> .....	37
<i>Robert Rollinger</i>	
<b>Ein „Beistand“ für Kinder in Obsorge- und Besuchsrechtsverfahren als Regelmodell in Österreich?</b> .....	49
<i>Peter Barth</i>	
A. Einleitung .....	51
B. Florian oder „Wie sag‘ ich‘s meinen Eltern?“ .....	52
1. Ausgangslage .....	52
2. Stellungnahme des Kinderbeistandes in der Verhandlung .....	53
3. Reaktion der Eltern .....	53
C. David oder „Ich bin ja so wütend auf ihn!“ .....	54
1. Ausgangslage .....	54
2. Stellungnahme des Kinderbeistandes in der Verhandlung .....	54
3. Reaktion der Eltern .....	55
4. Bericht der Besuchsbegleitungsstelle .....	55
D. Silvia und Martin oder „Bitte gebt doch einen Frieden!“ .....	56
1. Ausgangslage .....	56
2. Brief des Kinderbeistandes vor der nächsten Verhandlung .....	56
3. Reaktion der Eltern .....	56

## Inhaltsverzeichnis

E. Tamara oder „Nichts geht mehr.“	56
1. Ausgangslage	56
2. Arbeit des Kinderbeistandes	56
3. Reaktion der Eltern	57
F. Resümee	57

## **Die Ausformung des Persönlichkeitsrechtes der Bewegungsfreiheit im Heimaufenthaltsgesetz: Rechtsentwicklung inkl. statistischer Daten**

*Susanne Jaquemar/Marc Julian Mayerhöfer*

I. Einleitende Bemerkungen	61
II. Zu den Grenzen des Grundrechtseingriffes: Freiheitsbeschränkungen an komatösen und immobilen BewohnerInnen	63
III. Zur Anwendbarkeit des HeimAufG in Krankenanstalten nach dem Kranken- und Kuranstaltengesetz (KAKuG)	67
IV. Statistische Daten	71
1. Anzahl der Einrichtungen im Anwendungsbereich des HeimAufG	71
2. Anzahl der Freiheitsbeschränkenden Maßnahmen	71
3. Gerichtsverfahren	72
4. Ressourcen	72
V. Fazit	73

## **Die Versorgung alter Menschen in Österreich – Rechtliche Entwicklung und aktueller Stand**

*Michael Ganner*

1. Der lange Weg vom „rechtsfreien Raum“ bis zu einem flächendeckenden Heimrecht	77
1.1. Vor 1989 – Die Zeit vor dem „Mauerfall“	77
1.2. Nach 1989 – Skandale als Voraussetzung und notwendiges Übel für Entwicklungen?	78
2. Grundlagen einer Rechtsordnung, die den Schutz alter Menschen zum Ziel hat	80
2.1. Besonderer Schutz des Alters	80
2.2. Kompetenzlage	82
3. Heimvertrag	83
3.1. Allgemeines	83
3.2. Je mehr Regelungen, umso mehr Verstöße?	84
3.3. Heimvertragsgesetz (HVerG) in Kurzfassung	85
3.4. Rechtsprechung zum HVerG	90
3.4.1. Allgemeines	90
3.4.2. Vertragsklauseln mit ausführlicher Besprechung	95
3.4.3. Vertragsklauseln in Kurzform	102

3.5. Vertragsklauseln aus Abmahnverfahren und Verbandsprozess . . . . .	104
3.6. Deutsche Rechtsprechung . . . . .	108
4. Heimaufenthaltsgesetz . . . . .	111
4.1. Grundlegendes . . . . .	111
4.2. Heimaufenthaltsgesetz – Kurzfassung . . . . .	112
4.3. Rechtsprechung zum HeimAufG . . . . .	113
5. Fazit . . . . .	118
<b>Irrtumsanfechtung, Rücktritt und Eintritt einer Resolutivbedingung als besondere arbeitsvertragliche Beendigungsformen . . . . .</b>	<b>121</b>
<i>Martin Binder</i>	
I. Einleitung . . . . .	123
II. Irrtumsanfechtung von Arbeitsverträgen? . . . . .	124
1. Grundsätzliches . . . . .	124
2. Ausweitung der Anfechtungssperre? . . . . .	127
3. Zur Eingrenzung des Ex-nunc-Lösungskonzepts im Arbeitsverhältnis . . . . .	128
4. Exkurs: Die zeitwidrige Kündigung als Problem des Irrtumsrechts . . . . .	130
a) Zum Problem . . . . .	130
b) Zur Lösung . . . . .	131
c) Folgerung . . . . .	132
III. Rücktritt vom Arbeitsvertrag nach §§ 918 ff ABGB? . . . . .	132
1. Grundsätzliches . . . . .	132
2. Völlige Verdrängung des § 918 ABGB? . . . . .	134
3. Zu den Rechtsfolgen rechtswidrigen Vertragsrücktritts . . . . .	135
4. Ergebnis . . . . .	137
IV. Der Einsatz von auflösenden Bedingungen . . . . .	138
1. Zur generellen Eingrenzung des Zulässigkeitsrahmens . . . . .	138
a) Die Judikaturformel . . . . .	138
b) Beachtung der arbeitsvertraglichen Beendigungsgrundsätze . . . . .	139
c) Zwischenergebnis . . . . .	139
2. Zu den unverrückbaren Grundpositionen im Einzelnen . . . . .	140
a) Aufrechterhaltung der Kündigungsfreiheit des AN . . . . .	140
b) Keine Abwälzung des betrieblichen Wirtschaftsrisikos auf den AN . . . . .	140
c) Kein Unterlaufen des Kündigungs- und Entlassungsschutzes . . . . .	141
d) Kein Verstoß gegen grundrechtlich geschützte Werte . . . . .	143
e) Beachtung des Bestimmtheitsgebots . . . . .	144
f) Folgerung . . . . .	144
V. Schlussaussage . . . . .	144

## Inhaltsverzeichnis

<b>Transparenzgebot und Intransparenzverbot – Überlegungen zum Verbrauchervertragsrecht mit rechtsvergleichenden Hinweisen auf die Rechtslage in Italien</b> .....	145
<i>Francesco A. Schurr</i>	
I. Einleitung .....	147
II. Konturen des Transparenzgebots im kodifizierten Recht .....	148
1. Allgemeines zu den in Europa erprobten Modellen der Verbraucherricht- linienumsetzung .....	148
2. Umsetzung des europarechtlich vorgegebenen Transparenzgebots durch den österreichischen und italienischen Gesetzgeber .....	149
3. Wettbewerbsrechtliche Dimension .....	152
4. Problematik der österreichischen Umsetzung aus der Perspektive des italienischen Rechts .....	153
5. Anmerkungen zum kollektiven Rechtsschutz .....	154
6. Terminologische Sonderfragen .....	154
7. Anwendungsbereich .....	156
8. Form und/oder Inhalt .....	157
III. Ausgestaltung des Transparenzgebots im nicht kodifizierten Recht .....	158
1. Großer Auslegungsspielraum .....	158
2. Aufspaltung des Transparenzgebots in Einzelgebote .....	159
3. Richterliche Auslegung der Begriffe (Un-)Klarheit und (Un-)Verständlichkeit .....	159
4. Rechtsprechung in Einzelbereichen .....	160
a) Finanzdienstleistungen .....	160
b) Andere Vertragsarten .....	162
5. Kritische Betrachtung der Rechtsprechung .....	165
IV. Transparenz und geltungserhaltende Reduktion .....	166
V. Rechtsfolgen des Verstoßes gegen das Intransparenzverbot bzw. Transparenzgebot .....	167
V. Schlussbetrachtung: Soziale und ökonomische Analyse von § 6 Abs. 3 KSchG und Art. 35 KGB .....	168
 <b>Der Preis des Tötens</b> .....	 171
<i>Bernhard A. Koch</i>	
I. Ausgangspunkte .....	173
II. Ersatzansprüche Dritter .....	175
1. Unterhalt .....	175
2. Eigene Körperverletzung Dritter .....	176
3. Trauerschmerzensgeld .....	177
a) Ersatzfähigkeit von Trauer .....	177
b) Bemessung von Trauerschmerzensgeld .....	179

III. Ersatzansprüche des Opfers selbst .....	183
1. Kosten bis zum Todeseintritt .....	183
2. Kosten des Todesfalls .....	184
3. Verlust des Lebens .....	184
a) Ersatzfähigkeit des Rechts auf Leben? .....	184
b) Value of a Statistical Life .....	185
c) Zwischenergebnis .....	187
IV. Fazit .....	188

**Ersatz für immaterielle Schäden bei Vertragsverletzungen –  
Rechtsvergleichende Überlegungen zum Vorschlag eines § 1316 Abs. 4 ABGB  
im Entwurf eines neuen österreichischen Schadensersatzrechtes .....** 191

*Andreas Schwartze*

1. Einleitung .....	193
2. Immaterielle Schäden als „Stiefkind“ des Haftungsrechts? .....	194
a) Der Begriff des immateriellen Schadens .....	195
b) Die Sonderstellung immaterieller Schäden in Europa im rechtsvergleichenden Überblick .....	197
c) Begründung der Einschränkungen beim Ersatz von immateriellen Schäden .....	199
3. Immaterielle Schäden im Bereich der vertraglichen Haftung .....	201
a) Gleichlauf von vertraglicher und außervertraglicher Haftung? .....	201
b) Sonderfälle immateriellen Schadensersatzes bei Vertragsverletzungen im europäischen Rechtsvergleich .....	202
c) Begründung des Ersatzes von immateriellen Schäden im Vertragsrecht ..	205
4. Schlussfolgerungen für die zukünftige Gestaltung des österreichischen Schadensersatzrechtes .....	207

**Das agrargemeinschaftliche Gemeindeeigentum in Tirol .....** 211

*Bernhard Eccher*

A. Ausgangslage .....	213
B. Das Erkenntnis des VfGH vom 11.6.2008, B 464/07 .....	214
1. Das Erkenntnis .....	214
2. Grundlagen des Erkenntnisses .....	215
a) Substanzwert .....	215
b) Agrargemeinschaftliche Grundstücke und Agrargemeinschaften .....	215
c) Nutzungsrechte und Anteilsrechte .....	216
d) Zuständigkeit und Aufgabenbereich der Agrargemeinschaft im Allgemeinen .....	216
e) Gemeindegut .....	217

## Inhaltsverzeichnis

C. Zivilrechtliche Qualifikation und Lösungsmodelle .....	218
1. Veränderung der Anteilsrechte .....	219
2. Rückübertragung des Gemeindeguts .....	220
3. Behandlung des Substanzwertes als Gemeindevermögen innerhalb der Agrargemeinschaft .....	220
a) Allgemein .....	220
b) Einzelüberlegungen .....	221
D. Fallspezifische Überlegungen zum Eigentumsbegriff .....	222
1. Das zivilrechtliche Eigentum der Agrargemeinschaft am Gemeindegut .....	222
2. Das öffentlich-rechtliche Eigentum der Gemeinde .....	223
 <b>Gelebtes und gesatztes Recht .....</b>	<b>225</b>
<i>Monika Niedermayr</i>	
A. Einleitung .....	227
B. Rechtsmittel gegen gleichlautende unterinstanzliche Entscheidungen .....	227
C. Rechtslage .....	228
D. Rechtsstatsachen – Gerichtspraxis und Petitionsrecht .....	230
E. Fallbeispiele aus den Referentenentwürfen des Fasc XVII S .....	232
F. Erfolgreiche Rechtsmittel .....	233
G. Erfolgreiche Rechtsmittel .....	241
H. Conclusio .....	243
 <b>Neuigkeiten bei der außergerichtlichen Streitbeilegung in Österreich .....</b>	<b>245</b>
<i>Peter G. Mayr</i>	
Vorwort .....	247
I. Einleitung .....	247
1. Definitionen und Abgrenzungen .....	247
2. Gliederung .....	250
II. Obligatorische außergerichtliche Streitschlichtung .....	250
1. Berufsordnungen der freien Berufe .....	250
a) Rechtsanwaltsordnung .....	251
b) Notariatsordnung .....	251
c) Tierärztegesetz .....	251
d) Ziviltechnikerkammergesetz 1993 .....	251
e) § 94 Ärztegesetz 1998 .....	252
f) Wirtschaftstreuhandberufsgesetz .....	252
g) Zahnärztekammergesetz .....	253
h) Wertung .....	253
2. Vereinsrecht .....	255

3. Wohnrecht .....	256
a) Mietrechtsgesetz .....	256
b) Studentenheimgesetz .....	257
4. Nachbarrecht .....	258
a) Zivilrechts-Änderungsgesetz 2004 .....	258
b) Gentechnikgesetz .....	261
5. Behindertenrecht .....	261
III. Fakultativer Streitbeilegungsversuch .....	263
1. Gemeindevermittlungsämtler .....	263
2. Rechtsanwalts- und Notariatskammern .....	265
3. Patientenrecht .....	267
4. Telekommunikationsrecht .....	268
5. Signaturgesetz .....	272
6. Postgesetz .....	273
7. Energierecht .....	274
8. Eisenbahngesetz .....	276
9. Luftfahrtgesetz .....	277
10. Informationsweiterverwendungsgesetz .....	278
IV. Mediation .....	279
V. Schlusswort .....	283
<b>Brauchen wir eine neue Medizinhaftung?</b> .....	285
<i>Gertrud Kalchschmid</i>	
1. Einleitung .....	287
2. Probleme der gegenwärtigen (Medizin-)Haftung .....	288
3. Sachverständigenhaftung – Verschuldenshaftung .....	292
4. Reformvorschläge für eine neue Medizinhaftung .....	293
4.1. Allgemeines .....	293
4.2. EU-Richtlinien-Entwurf über die Haftung für Dienstleistungen – Beweislastumkehr .....	294
4.3. Verschuldensunabhängiges Medizinhaftungsmodell von Barta .....	295
5. Das Verfahren zur Durchsetzung von Behandlungsfehlern .....	297
5.1. Entscheidung durch die ordentlichen Gerichte .....	297
5.2. Außergerichtliche Schadensregulierung durch die Patienten- anwaltschaften/-vertretungen und Schiedsstellen in Arzthaftungsfragen .....	297
6. Patientenentschädigungsfonds .....	301
7. Die Umsetzung der Patientenentschädigung in den einzelnen Bundesländern .....	304
7.1. Vorarlberg .....	304
7.2. Tirol .....	305
7.3. Salzburg .....	306

## Inhaltsverzeichnis

7.4. Kärnten . . . . .	307
7.5. Oberösterreich . . . . .	307
7.6. Steiermark . . . . .	308
7.7. Niederösterreich . . . . .	309
7.8. Wien . . . . .	309
7.9. Burgenland . . . . .	310
8. Zusammenfassung und Bewertung . . . . .	311

### Europäisches Versicherungsvertragsrecht:

<b>Vom Gemeinsamen Referenzrahmen zum optionalen Instrument? . . . . .</b>	<b>315</b>
--	------------

*Helmut Heiss*

1. Der Gemeinsame Referenzrahmen . . . . .	317
2. Optionales Instrument: Politische Perspektiven . . . . .	318
3. Vorteile eines optionalen Instruments, insbesondere im Versicherungsrecht . . . . .	319
4. Spezifische Anforderungen an ein optionales Versicherungsvertragsrecht . . .	321
a. Abschließende Regulierung anstelle von Mindeststandards . . . . .	321
b. Verhältnis des optionalen Instruments zu nationalem zwingendem Vertragsrecht . . . . .	322
c. Verbot der Teilrechtswahl . . . . .	322
d. Option muss auch für rein inländische Verträge offenstehen . . . . .	323
5. Die Option . . . . .	323
a. Wahl allgemeiner Grundsätze des europäischen Vertragsrechts durch die Parteien? . . . . .	323
b. EG-Verordnung . . . . .	325
c. Das Modell der PEICL . . . . .	326

<b>Autorenverzeichnis . . . . .</b>	<b>327</b>
-------------------------------------	------------